



Formulaire APIS: **A754**

Représentation suisse à: Vienne	
Pays: Autriche	Date de la dernière mise à jour: décembre 2021

Wirtschaftsbericht Österreich – Dezember 2021 - Update

0. Zusammenfassung

Wie schon im Vorjahr dominierte Covid-19 auch 2021 das wirtschaftliche Geschehen in Österreich. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2020 um 6,7% einbrach, gehen aktuelle Analysen von einem Wachstum im Jahr 2021 von 4,1% aus. Im Jahr 2022 soll das Wachstum dann auf 4,6% steigen. Auch die Staatsverschuldung stieg im Jahr 2020 mit +12,7% auf 83,2% wesentlich stärker als dies 2021 der Fall sein wird.

Der Höchststand an Arbeitslosigkeit wurde bereits im April 2020 gemessen. Durch Österreichs starkes Wachstum im Jahr 2021 konnte im Oktober wieder das Vorkrisenniveau erreicht werden. Strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt, wie etwa die sehr hohe Quote an Langzeitarbeitslosen oder der Fachkräftemangel haben sich durch Corona indes noch weiter verschlechtert.

Mit Ausnahme des Lockdowns im Frühjahr 2021 erholte sich die Wirtschaft rascher als anfangs erwartet. Neben der Baubranche verzeichnete auch die Industrieproduktion ein kräftiges Plus. Für den wirtschaftlichen Aufschwung sorgten auch die milliarden schweren Hilfen des Staates, die sogar zu einem Rückgang bei den Firmeninsolvenzen führten. Gemäss OECD summieren sich die gewährten oder geleisteten direkten Hilfszahlungen des Staates auf 57 Mrd. Euro (15,2% des BIP), damit befindet sich Österreich im europäischen Spitzenfeld (Ø-OSZE: 11,7% des BIP). Zahlreiche dieser Wirtschaftshilfen wurden aufgrund des erneuten Lockdowns im November nochmals bis Mitte 2022 verlängert. Inwieweit die neue Virusvariante Omikron die Bereitstellung von Wirtschaftshilfen nochmals verlängern wird, ist derzeit nicht abzusehen.

Sowohl Österreichs Gesamtexporte (Güter und Dienstleistungen), als auch Gesamtimporte mussten 2020 mit -11,4% bzw. -11,0% massive Verluste einfahren. Besonders der Warenaussenhandel erlebte 2021 eine Trendumkehr, die Exporte stiegen bis zum 3. Quartal um 16,3%, und die Importe wuchsen um 22,5%. Ein ähnliches Phänomen ist im bilateralen Warenhandel mit der Schweiz zu erkennen, da die Importe aus der Schweiz bis zum 3. Quartal 2021 um 27,3% anstiegen und die Exporte in die Schweiz ein Plus von 6,5% verzeichnen konnten. Massgeblich verantwortlich für das starke Plus bei den Importen waren die Einfuhren von Maschinen und Beförderungsmittel (+39,7%).

Die Zahlen des bilateralen Aussenhandels deuten darauf hin, dass die Wertschöpfungsketten zwischen der Schweiz und Österreich auch im zweiten Corona-Jahr nicht wesentlich beeinträchtigt wurden. Allerdings wird in bilateralen Kontakten seitens Österreich vermehrt Unmut über die Anwendung der flankierenden Massnahmen (FlaM) und die entsprechende Kontrolldichte in den Kantonen erwähnt. Die Schweiz ist und bleibt ein attraktiver Handelspartner für Österreich, und Schweizer Unternehmen können sich über die verschiedenen Exportmöglichkeiten beim Swiss Business Hub Austria informieren. Neben vielen kostenlosen Dienstleistungen werden auch massgeschneiderte Lösungen für Unternehmen angeboten.

1. Wirtschaftspolitische Entwicklungen und Probleme

1.1 Konjunktorentwicklung

Die Covid-19 Pandemie beeinflusst die Wirtschaftsentwicklung in Österreich seit dem Frühling 2020 markant. Gemäss Daten der Statistik Austria sank Österreichs Wirtschaftsleistung im ersten Corona-Jahr 2020 insgesamt um 6,7% im Vergleich zu 2019. Es war der stärkste Rückgang seit 1945, er lag auch 2,8% über dem der Finanzkrise im Jahr 2008. Vergleicht man mit den Nachbarländern, so sieht man, dass in Deutschland die Wirtschaft um 4,8% eingebrochen ist, in der Schweiz um 2,9% und in der gesamten Eurozone (27) um durchschnittlich 6,1%.

2021 konnte sich die Wirtschaft trotz abermaliger Lockdowns erholen, und die aktuelle Prognose des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wifo) geht von einem Wachstum von 4,1% für das Gesamtjahr 2021 aus (Stand Dezember 2021). Damit schliesst sich das Wifo auch den Prognosen der OECD an, nur das Institut für Höhere Studien (IHS) gehen nach aktuellen Schätzungen von 4,3% Wachstum aus. Dieses kräftige Wirtschaftswachstum lässt sich zum Teil mit dem markanten Einbruch im Vorjahr erklären. Zum anderen gab es kräftige Zuwächse in der produzierenden Industrie und beim heimischen Sommertourismus. Im letzten Quartal 2021 wurde das Wachstum aber wiederum beeinträchtigt vom erneuten Lockdown und den langsamen Öffnungsschritten in verschiedenen Branchen. Für das kommende Jahr geht die OECD von einem Wachstum von 4,6% des BIP aus (Wifo: 5,2%, IHS: 4,2%). Das Wifo begründet den überaus positiven Ausblick damit, dass 2022 all jene Wirtschaftsbereiche wachsen werden, die 2021 noch behördlichen Einschränkungen unterworfen waren, insbesondere der Handel, Gastronomie, Hotellerie sowie körpernahe Dienstleistungen. Unterstützt werden dürfte das Wachstum vom anziehenden privaten Konsum und von Investitionen, während der Arbeitskräftemangel und Lieferengpässe die Entwicklung bremsen.

Um die Wirtschaft und Arbeitsplätze zu schützen, wurden im Verhältnis zu anderen EU-Staaten sehr grosszügig Wirtschaftshilfen gewährt. Gemäss Berichten der OECD hat Österreich bis Oktober 2021 direkte Hilfen im Ausmass von 57 Mrd. Euro bzw. 15,2% der Wirtschaftsleistung gewährt oder zugesagt (per Dezember 2021 waren 40 Mrd. Euro ausbezahlt). Mit diesem Volumen liegt Österreich über dem Durchschnitt der Industrieländer (11,7%) und auch deutlich über dem der Schweiz (7,9%). Ein besonders teures Instrument der Corona-Hilfen ist die Kurzarbeit, die jedoch verhindert hat, dass Unternehmen ihre Arbeitnehmer kündigen mussten. Zu den Spitzenzeiten nach der ersten Corona-Welle waren über 1,3 Mio. Menschen in Kurzarbeit. Gemäss den Daten des Kreditschutzverbandes (KSV) sind 2021 in Österreich die Firmeninsolvenzen um 40% gegenüber dem Vorkrisenjahr 2019 zurückgegangen. Als Hauptgrund für diesen massiven Rückgang an Firmenpleiten werden die grosszügigen Unternehmenshilfen vom Staat genannt. Laut Aussagen des KSV hätten rückblickend ca. ein Drittel der Unternehmen die Unterstützungsmassnahmen überhaupt nicht benötigt.

Der österreichische Aussenhandel verzeichnete nach endgültigen Ergebnissen im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr wertmässige Rückgänge in beiden Verkehrsrichtungen. Der Wert der Einfuhren sank um 8,5% auf 144 Mrd. Euro, die Ausfuhren gingen um 7,1% auf 143 Mrd. Euro zurück. Somit belief sich das Defizit der Aussenhandelsbilanz auf 1.85 Mrd. Euro. Wichtigster Handelspartner ist und bleibt die EU mit einer Exportquote von 67,6% und einer Importquote von 68,4%. Der österreichische Dienstleistungshandel litt 2020 besonders unter den Massnahmen zur Pandemiebekämpfung. Die Dienstleistungsexporte sanken um -16,9%, die Dienstleistungsimporte um -17,1%.

2021 sehen die Zahlen wieder deutlich positiver aus: Laut den von der Statistik Austria veröffentlichten Daten für Januar bis September 2021 betragen die Warenexporte 121.8 Milliarden Euro und lagen damit um 16,3% über dem Niveau des Vorjahreszeitraumes. Die Importe verzeichneten einen Zuwachs um 22,5% auf 129.8 Milliarden Euro. In der letzten Prognose des Wifo (Oktober 2021) rechnet das Forschungsinstitut für das Gesamtjahr 2021 mit einer Zunahme des Wachstums der Warenexporte gegenüber 2020 um +13,4%. Die Warenimporte sollten 2021 um +18% wachsen.

Die Pandemie hat die Arbeitslosigkeit in die Höhe schnellen lassen, insbesondere in der Tourismus-, Kunst-, und Kulturbranche, die den grössten Schaden durch Lockdowns genommen haben. Am Höhepunkt Mitte April 2020 waren rund 588'000 Personen arbeitslos. Der Sommer 2021 verlief hingegen aus Arbeitsmarktsicht besser als anfänglich erwartet. Auch bedingt durch saisonale Effekte stieg die Arbeitslosigkeit im Spätherbst wieder an, und der jüngste Lockdown im November traf den Arbeitsmarkt mitten in der Erholungsphase. In absoluten Zahlen waren Anfang Dezember 2021 363'000 Menschen arbeitslos gemeldet (inkl. Schulungsteilnehmer); -20,5% im Vergleich zu Ende Dezember 2020. Ein

Problem am österreichischen Arbeitsmarkt ist und bleibt die überdurchschnittlich hohe Anzahl an Langzeitarbeitslosen. Im Herbst 2021 waren rund 66'000 Personen als langzeitarbeitslos gemeldet, dies entspricht rund einem Viertel aller Arbeitslosen in Österreich.

Die Inflationsrate für November 2021 lag laut Statistik Austria bei 4,1%. Damit war die Teuerung so hoch wie zuletzt im Mai 1992 und doppelt so hoch wie der EZB-Zielwert. Grund dafür sind die stark gestiegenen Energie-, sowie Treibstoffpreise. Laut der Prognose des Wifo, die im Dezember 2021 veröffentlicht wurde, werden die Verbraucherpreise in Österreich im Jahr 2021 voraussichtlich um 2,8% gegenüber dem Vorjahr steigen. Für 2022 wird eine stärkere Teuerung von 3,3% erwartet.

1.2 Wirtschaftspolitische Massnahmen

Nicht nur das Jahr 2020, sondern auch das Jahr 2021 wird wirtschaftspolitisch durch die Bekämpfung der Pandemie im Gedächtnis bleiben. Der Thinktank Agenda Austria berechnete den gesamten Wohlstandsverlust, den Corona das Land Österreich inklusive staatliche Hilfen kosten wird, mit 100 Mrd. Euro. Mit dem bekannten Ausspruch des ehemaligen Bundeskanzlers Kurz «Koste es, was es wolle» versprach die Regierung den Bürgern und Unternehmen Milliardenhilfen.

Mitte 2020 kündigte Österreichs Regierung ein 50 Mrd. Euro schweres Hilfspaket an, von dem Stand Ende 2021 40 Mrd. Euro bereits ausbezahlt wurden. Die Corona-Unternehmenshilfen kann man grundsätzlich in vier verschiedene Kategorien einteilen.

1. **Steuerliche Erleichterungen**, bei denen es sich um Steuersenkungen und andere fiskalische Massnahmen und Zahlungserleichterungen in der Sozialversicherung handelt. Darüber hinaus wurden Möglichkeiten geschaffen Sozialversicherungsbeiträge auf Raten zu zahlen und Steuerzahlungen zu stunden.
2. **Absicherungen und Garantien**, die vergeben wurden um ein staatliches Sicherheitsnetz für Kapital zu bilden. Einerseits sind in diesem Zusammenhang Überbrückungsgarantien für Kredite zu nennen, die für österreichische Unternehmen auf Grund der Corona-Krise Liquiditätsengpässe verhindern sollen. Auf der anderen Seite werden vom Staat Haftungen für Veranstalter von Pauschalreisen angeboten, die in der Krise das Risiko des Veranstalters übernehmen.
3. **Finanzielle Zuschüsse**, hier gibt es den Fixkostenzuschuss, mit dem Unternehmen je nach Umsatzeinbruch ihre Fixkosten anteilig decken können, und den Verlustersatz für ungedeckte Fixkosten bis 10 Mio. Euro. Darüber hinaus gibt es den Härtefallfonds für Ein-Personen-Unternehmen und den NPO-Fonds, der Non-Profit-Organisationen (NPO) durch nicht rückzahlbare Zuschüsse unterstützt. Für Unternehmen gab es auch die Möglichkeit, den Ausfallbonus zu beantragen, der Zuschüsse vom entgangenen Umsatz kompensieren soll. Auch Veranstalter wurden in Österreich durch einen Schutzschirm unterstützt, der Planung und Durchführung von Veranstaltungen trotz COVID-19-Krise (z.B. Sport- und Kulturveranstaltungen, Kongresse, Messen und Märkte) ermöglichen soll. Des Weiteren gab es eine Investitionsprämie von 7% – oder 14% je nachdem ob die Investition im Zusammenhang mit Digitalisierung, Ökologisierung, Gesundheit und Life Science stand, oder nicht. Ausgeschlossen wurden klimaschädliche Investitionen.
4. **Entlastungen für den Arbeitgeber**, die bereitgestellt wurden, damit die Beschäftigung in Betrieben erhalten bleibt. Eine der wohl wichtigsten Unterstützungsmassnahmen der Regierung ist die Corona-Kurzarbeit. Aktuell befindet sich die Kurzarbeit in der 4. Phase, die Corona-Kurzarbeit für besonders betroffene Betriebe wurde bis Ende März 2022 verlängert. Beschäftigte, die bereits 10 Monate oder länger in Kurzarbeit sind, erhalten einmalig eine Zahlung von 500 Euro.

Neben den Förderungen für Unternehmen, gab es auch verschiedene Instrumente, die den Arbeitnehmern zu Verfügung gestellt wurden. Hier ist die Aufstockung des Geldes für Notstandshilfeempfänger zu nennen. Die Notstandshilfe beträgt grundsätzlich zwischen 92 bzw. 95 % des Arbeitslosengeldes. Dies wurde nun auf das Niveau des Arbeitslosengeldes angehoben. Eine weitere Erleichterung für Arbeitnehmer betrifft die steuerliche Behandlung von Bonuszahlungen, die mit COVID-19 in Verbindung stehen: sie sind steuerfrei gestellt. Auch wurde im Jahr 2021 ein Homeoffice-Gesetz vom Parlament verabschiedet, das verschiedene Vergünstigungen für den Arbeitnehmer vorsieht.

Nachdem es einen dreiwöchigen Lockdown bis Mitte Dezember 2021 gab, wurden die staatlichen Wirtschaftshilfen wieder aktiviert, bzw. verlängert. So wird etwa der Ausfallbonus an Unternehmen von November 2021 bis März 2022 gewährt, wenn es zu einem Umsatzeinbruch von mindestens 40% kommt

(Vergleichsmonat 2019). Auch der Verlustersatz für Unternehmen wird von Januar bis März 2022 wieder eingeführt sowie der Härtefallfonds für Selbständige.

Für die kommenden Jahre wird der fiskalpolitische Pakt Next Generation EU von grosser Bedeutung sein. Österreich hat Projekte im Umfang von 4.5 Mrd. Euro im Rahmen des europäischen Wiederaufbaufonds eingereicht. Ende Juni 2021 erhielt es die Zusage für 3.5 Mrd. Euro an EU-Zuschüssen. Die eingereichten Projekte Österreichs gliedern sich wie folgt auf:

1. Das **Kapitel «Digitalisierung»** ist mit 1'828 Mio. Euro dotiert, davon 891 Mio. Euro für den Breitbandausbau. 605 Mio. Euro sind für die Digitalisierung und Ökologisierung von Unternehmen vorgesehen, 172 Mio. Euro für die Digitalisierung an Schulen, insbesondere Computer für Schüler und 160 Mio. Euro für die Digitalisierung der Verwaltung.
2. Für das **Kapitel «Nachhaltiger Aufbau»** sind 1'508 Mio. Euro vorhergesehen. 849 Mio. Euro für umweltfreundliche Mobilität, 209 Mio. Euro für die Sanierungsoffensive, also den Austausch von Öl- und Gasheizungen sowie die Bekämpfung von Energiearmut, 350 Mio. Euro für die Förderung der Kreislaufwirtschaft und 100 Mio. Euro für die Transformation der Industrie zur Klimaneutralität.
3. Unter dem **Kapitel «wissensbasierter Aufbau»** sind Projekte in der Höhe von 868 Mio. Euro zusammengefasst. Darunter fallen Massnahmen zur Qualifizierung von Arbeitnehmern (277 Mio. Euro), Bildungsförderungen und der Ausbau der Elementarpädagogik mit 129 Mio. Euro. Darüber hinaus gibt es eine Forschungsförderung mit 462 Mio. Euro, die österreichische sowie grosse europäische Projekte zu fördern hat.
4. Das vierte **Kapitel** ist das des **«gerechten Aufbaus»** mit Projekten in Höhe von 296 Mio. Euro. 125 Mio. Euro für den Gesundheitssektor, 104 Mio. Euro sind für Gemeinden reserviert und 67 Mio. Euro für die Kunst- und Kulturbranche.

Alle im Aufbauplan angekündigten Massnahmen sollen wie von der EU verlangt bis 2026 umgesetzt werden.

Ende 2021 verabschiedete die österreichische Regierung die «Ökosoziale» Steuerreform, die ab Januar 2022 stufenweise in Kraft treten wird. Die Reform soll Entlastungen sowohl für Arbeitgeber als auch Arbeitnehmende von bis zu 18 Mrd. Euro bis 2025 bringen. Übergeordnetes Ziel der Steuerreform ist die Ökologisierung des Steuersystems durch die Einführung einer CO₂ Bepreisung. Der Preis pro Tonne CO₂ wird anfangs mit 30 Euro dotiert und soll bis 2025 auf 55 Euro pro Tonne CO₂ steigen. Ab 2026 soll das nationale System einer fixen CO₂-Bepreisung in den EU-weiten CO₂-Emissionshandel mit variablen Preisen übergeführt werden. Um die CO₂-Bepreisung für Haushalte abzufedern, wird ab 01.07.2022 ein «Regionaler Klimabonus» eingeführt. Die Staffelung von 100, 133, 167 und 200 Euro pro Jahr und Person orientiert sich an der Wohngemeinde. Je besser eine Wohngemeinde an das öffentliche Verkehrsnetz angebunden ist, desto tiefer fällt der Klimabonus aus. Ein weiteres Projekt für 2022 wird die Verabschiedung einer Novelle zum Abfallwirtschaftsgesetz sein, die ein Einwegpfand auf Plastikflaschen und Getränkedosen vorsieht (geplante Einführung nicht vor 2025).

In dem im Dezember veröffentlichtem Länderexamen stellt die OECD Österreich ein insgesamt gutes Zeugnis für die Pandemiebekämpfung aus. Zu bedenken gab die OECD, dass die üppigen Wirtschaftshilfen nur möglich waren aufgrund der guten Budget-, und Gesamtverschuldungslage. Corona hat in dessen auch dazu beigetragen, strukturelle Schwächen im österreichischen Sozial-, Gesundheits- und Pflegesystem aufzudecken.

1.3 Finanz und Budgetpolitik

1.3.1 Budgetrahmen

Durch die Corona-Krise traten budgetäre Überschüsse wie noch im Jahr 2019 in weite Ferne. Gemäss Statistik Austria betrug das öffentliche Defizit im Jahr 2020 8,3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bzw. 31.5 Mrd. Euro und war damit das höchste Defizit seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1954. Durch Corona sanken einerseits die staatlichen Einnahmen auf 48,7% des BIP und andererseits stiegen die staatlichen Ausgaben auf 57,1% des BIP.

Ende des Jahres 2020 lag die Verschuldung bei 83,2%, was einer Steigerung von 12,7% im Vorjahresvergleich entspricht. Prognosen gehen davon aus, dass Ende des Jahres 2021 eine gesamtstaatliche Schuldenquote von 89,6% des BIP erreicht wird. Vergleicht man die Mehrverschuldung durch Corona

mit der Mehrverschuldung durch die Finanzkrise von 2008, so stieg die Verschuldung von 2008 auf 2009 um 11,2% des BIP an.

Alle vier Teilsektoren des Staates (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen) verzeichneten im Jahr 2020 ein Defizit. Auch alle einzelnen Bundesländer bis auf Salzburg (+185 Mio. Euro) mussten im Jahr 2020 rote Zahlen schreiben. Auf Bundesebene wurde insgesamt ein Defizit von über 31. Mrd. erwirtschaftet, auf Landesebene (inkl. Wien) waren es 2.5 Mrd. Euro, auf Gemeindeebene (ohne Wien) 597 Mio. Euro und bei den Sozialversicherungsträgern 958 Mio. Euro.

Nachdem im vergangenen Budget 2021 die Kosten mit 13.7 Mrd. Euro für Corona-Hilfsmassnahmen eine zentrale Rolle spielten, will die Regierung nun wieder Kurs auf nachhaltige öffentliche Finanzen nehmen. Das Budget 2022 sieht für die unmittelbare Covid-19-Krisenbewältigung eine Summe von 3.9 Mrd. Euro vor. Gegen längerfristige Covid-19-Krisenfolgen sind 2 Mrd. Euro budgetiert, wie zum Beispiel die Investitionsprämie und Arbeitsmarktmassnahmen. Insgesamt ist im Budget für das kommende Jahr 2022 ein Defizit von 12.6 Mrd. Euro bzw. 2,3% des BIP festgelegt. Von 2022-2025 strebt Österreich eine sukzessive Reduktion der Schuldenquote Richtung 70% des BIP an. Im Jahr 2025 soll im Idealfall das Minus nur noch 0,4% des BIP betragen. Nachdem es zu einem Wechsel im Finanzministerium gekommen ist, leitet Magnus Brunner seit dem 6. Dezember 2021 dieses Ressort. Gemäss Medienberichten wird verstärkt versucht in den kommenden Jahren die Verschuldung Österreichs zu senken.

Das gesamte Budget 2022 ist auf eine ausgeprägte wirtschaftliche Erholung nach der Covid-19-Krise und die Einführung der «ökosozialen» Steuerreform ausgelegt. In der Planung des Finanzministeriums geht man von einer Rückkehr zu einem nachhaltig geordneten Haushalt aus. Fraglich bleibt, ob dieses überaus positiv einkalkulierte Szenario auch so eintreffen wird. Das Budget wurde nämlich nicht vor dem Hintergrund eines neuerlichen harten Lockdowns geplant. Das Wifo beziffert die Kosten für den vierten Lockdown auf vier Milliarden Euro.

Die Ratingagentur Fitch belässt Österreichs Bonität weiterhin bei der zweitbesten Note AA+ und einem stabilen Ausblick. Sie führt Österreichs Wirtschaftsaufschwung auf die Erholung des Tourismus- und Gastronomiesektors zurück. Gleichzeitig warnen Analysten vor pandemiebedingten Unsicherheiten in der Wintersaison 2021/22 und vor innenpolitischen Turbulenzen.

1.3.2 Frankenkredite verlieren an Brisanz

Viele Kreditnehmer hatten vor 2008 ihre Kredite in Schweizerfranken abgeschlossen. Mit der Aufwertung durch die Eurokrise und der Aufhebung des Mindestkurses wurden diese Kredite zu einer Herausforderung. Die Lage normalisiert sich langsam, aber stetig weiter. Der Betrag der ausstehenden Fremdwährungskredite sinkt kontinuierlich: Ende des zweiten Quartals 2021 hatten diese einen Gegenwert von 9.95 Mrd. Euro, davon 96,6% in CHF und der Rest beinahe zur Gänze in Japanische Yen. Der Fremdwährungsanteil an allen ausstehenden Krediten an private Haushalte betrug zum Ende des 2. Quartals 2021 nur mehr 5,9%, um 1,8% weniger als ein Jahr davor. Damit ist der Betrag um «wechsellkursbereinigte» 38.06 Mrd. Euro, oder 80,7% gegenüber dem Höhepunkt von 2008 gesunken. Damals hatte die Finanzmarktaufsicht die Vergabe von neuen Frankenkrediten an Privathaushalte verboten. Die Entspannung betrifft auch Unternehmen, Städte und Gemeinden die noch Frankenkredite haben.

1.3.3 Finanz- und Bankensektor

Im Jahr 2020 erzielten die österreichischen Kreditinstitute ein konsolidiertes Jahresergebnis von rund 3.7 Mrd. Euro und damit um 3 Mrd. Euro weniger als im Vorjahr. Sieht man sich jedoch das 2. Quartal 2021 an, so entspricht das Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen bereits 3.75 Mrd. Euro, was darauf schliessen lässt, dass sich das Jahresergebnis der Kreditinstitute wieder verbessern wird. Grund für das niedrige Ergebnis von 2020 waren insbesondere die hohen Rückstellungen für Wertminderungen.

Am 27. Juni 2020 stellte die Finanzmarktaufsicht (FMA) beim Landesgericht Eisenstadt den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der «Commerzbank Mattersburg im Burgenland AG». Bei einem der grössten Insolvenzverfahren der letzten Jahre meldeten bisher Gläubiger Forderungen in Höhe von knapp 820 Mio. Euro an. Der Stand der Überschuldung beträgt rund 700 Mio.

Euro. Alleine in den zehn Jahren vor der Konkureröffnung hat die Bank 334 Mio. Euro durch mutmassliche Malversationen verloren.

Nachdem die «Causa Mattersburg» der Raiffeisengruppe rund 220 Mio. Euro aufgrund der gemeinsamen Einlagensicherung gekostet hat, beschloss die Raiffeisen-Bankengruppe aus der gemeinsamen Einlagensicherung Austria (ESA) auszutreten und eine eigene Einlagensicherung zu installieren.

Die Abwicklung der HETA, der Abbaugesellschaft der früheren Hypo Alpe Adria, wird noch dieses Jahr die Bankgeschäfte beenden. Der komplette Altlastenabbau (aktienrechtlich) wird jedoch erst 2030 beendet werden. Der bisherige Verwertungserlös betrug elf statt der zuerst erwarteten 5.6 Mrd. Euro. Abgesehen von dem Verwertungserlös bleibt den Steuerzahlern ein Milliardenverlust aus der Zeit vor dem Abbau der Gesellschaft. In den bisherigen Plänen und Zeithorizonten sind bereits die negativen Folgen und Verzögerungen durch Corona einberechnet.

1.4 Standort

Im World Competitiveness Ranking des IMD rutschte Österreich 2021 drei Plätze nach hinten und liegt aktuell auf Rang 19. Grund dieses Herabsetzens von Österreich war die schlechtere Bewertung bei der wirtschaftlichen Performance, die Verschlechterung in Punkto Effizienz des Staates, die unternehmerische Effizienz und die generelle Infrastruktur.

Der jährlich publizierte WEF Global Competitiveness Report 2020 enthält für das Jahr 2020 angesichts der Corona-Pandemie kein Ranking - erst die Ausgabe 2021 wird wieder ein Ranking enthalten. In dem trotzdem erschienenen Report liegt Österreich, was die Zukunftsfähigkeit anbelangt, nur im Mittelfeld. Leicht über dem Durchschnitt der teilnehmenden Länder schneidet Österreich bei den Faktoren Gesundheits- und Sozialsystem ab. Im Mittelfeld liegt Österreich auch bei der Digitalisierung und der Reaktionsfähigkeit der Regierung.

2. Internationale und regionale Wirtschaftsabkommen

2.1 Prioritäten Österreichs

Die EU ist Österreichs prioritärer politischer und wirtschaftlicher Handlungsrahmen. Die Erweiterungs- und Aussenhandelspolitik, einschliesslich des Abschlusses von Freihandelsabkommen (FHA), liegen in EU-Kompetenz. Als kleines EU-Mitglied bleibt Österreich nur ein begrenzter aussenwirtschaftspolitischer Spielraum. Der überwiegende Anteil der österreichischen Aussenwirtschaft ist damit eine EU-Binnenwirtschaft und wird durch EU-Recht, nicht durch internationale Verträge, geregelt. So hat Österreich derzeit mit 60 Staaten gültige bilaterale Investitionsschutzabkommen (ISA), allerdings werden seit der Einführung der diesbezüglichen Unionskompetenz Investitionskapitel direkt im Rahmen der EU-Abkommen mit Drittstaaten ausgehandelt und umgesetzt. Betreffend den ISAs zwischen EU-Mitgliedstaaten, hielt Österreich an seinen zwölf Investitionsschutzabkommen mit Mitgliedsstaaten fest. Im sogenannten Achmea-Urteil urteilte der Gerichtshof der Europäischen Union aber Ende 2018, dass das Unionsrecht Investitionsschiedsklauseln in völkerrechtlichen Abkommen zwischen Mitgliedsstaaten der EU entgegensteht. Im Lichte dieses Urteils hat sich Österreich gemeinsam mit anderen Mitgliedsstaaten zur Beendigung aller intra-EU Abkommen bekannt und beabsichtigt in diesem Sinne das von der grossen Mehrheit der EU Mitgliedstaaten mitgetragene plurilaterale Abkommen zur Beendigung der Intra-EU BITs zu unterzeichnen. Inzwischen hat Österreich zwei der 12 bilateralen Abkommen gekündigt (Slowakei und Kroatien). Gemäss dem Wirtschaftsministerium sei bei acht Abkommen die Kündigung bereits vom Ministerrat fixiert, der parlamentarische Beschluss stehe an. Bei zwei Verträgen sei man zuversichtlich, dass sie bald beendet werden. Aufgrund der Verzögerungen leitete die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich ein.

Österreich setzt mit seiner Osteuropa- und Westbalkan Ausrichtung einen deutlichen politischen und aussenwirtschaftlichen Schwerpunkt. Dies gilt für die Aussenpolitik im Allgemeinen (regionale Partnerschaftsinitiative, Unterstützung des Beitrittsprozesses der südosteuropäischen Länder, der Donaustrategie und der östlichen Partnerschaft der EU usw.) ebenso wie für die Aussenwirtschaftspolitik. Auf bilateraler Ebene werden grundsätzlich, parallel zu den immer weiter nach Osten ausgreifenden Wirtschaftsbeziehungen, auch die politischen und diplomatischen Beziehungen zum Schwarzmeerraum und bis nach Zentralasien verstärkt, nicht zuletzt auch mit Blick auf die energiepolitischen Interessen

(OMV). Zentralasien und der Kaukasus spielen auch im Kontext der gemeinsamen EU-Energie-Aussenpolitik eine wichtige Rolle. Gemäss der Aussenwirtschaftsstrategie 2018 wird Asien als Zukunftsmarkt eine erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet.

2.2 Auswirkungen auf die Schweiz, Diskriminierungspotential

Österreich trägt grundsätzlich die EU-Aussenwirtschaftspolitik mit und profitiert von den entsprechenden Abkommen (Beitritte, Assoziierungs- und Stabilisierungsabkommen). In diesem Sinne besteht gegenüber der Schweiz kein spezifisches, jedoch ein generelles Diskriminierungspotenzial infolge der EU-Nichtmitgliedschaft der Schweiz, wie zum Beispiel mit der fehlenden Aktualisierung des MRA. Andererseits profitierte die Schweiz bisher von der stabilisierenden Wirkung, die vom EU-Beitritt wie auch von Assoziierungsabkommen auf die betroffenen Länder ausging (erhöhte Rechtssicherheit, Verbesserung des Marktzugangs durch die Ausdehnung der Abkommen CH-EU auf neue EU-Mitglieder).

Nachdem die Schweiz nach 7 Jahren die Verhandlungen mit der EU über das Institutionelle Rahmenabkommen im Mai 2021 abgebrochen hat, drückte der damalige österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz hierzu sein Bedauern aus. Für die österreichische Regierung kam der Abbruch der Verhandlungen jedoch nicht überraschend, und gemäss den Worten des ehemaligen österreichischen Bundeskanzlers werde Österreich alles tun, damit das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU möglichst eng bleibt.

Eine gewisse Unzufriedenheit seitens österreichischer Unternehmen bei der Umsetzung der flankierenden Massnahmen (FlaM) im Freizügigkeitsabkommen (Entsendegesetz und „Acht-Tage Regel“) bleibt bestehen. Darüber hinaus stören sich österreichische Unternehmen an der «sehr hohen» Kontrollichte und monieren die kantonal unterschiedliche Auslegung / Sanktionierung der FlaM. Gemäss AT-Aussagen führe dies insgesamt zu Nachteilen für AT-Unternehmen und zu Wettbewerbsverzerrungen. Die ins Leben gerufenen trilateralen Arbeitsgruppe ist ein geeignetes Instrument für Diskussionen über die FlaM. Ausserdem kann das SECO zudem als Mediator bei den Beziehungen mit den Kantonen wirken.

Österreich begrüsst die Freigabe des zweiten Schweizer Beitrages (Kohäsionsmilliarde). Des Weiteren setzt sich Österreich weiterhin innerhalb der EU für ein positives Gesprächsklima gegenüber der Schweiz ein setzt auf «pragmatische Lösungen».

3. Aussenhandel

3.1 Entwicklung und Perspektiven

Der oftmals propagierte Slogan, dass jeder zweite verdiente Euro vom Export abhängt, hat sich trotz Corona auch im Jahr 2020 bewahrheitet. So belief sich die Exportquote (Waren und Dienstleistungen) 2020 auf 52,6% (2019: 55,6%). Prognosen des österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung gehen für 2021 von einer Exportquote von 53,0% und für das Jahr 2022 von 54,0% aus.

Gemäss Daten der österreichischen Nationalbank sanken die Gesamtexporte (Güter und Dienstleistungen) 2020 um 11,4% auf 195.1 Mrd. Euro, das ist der erste Rückgang seit 2009. Auch die Gesamtimporte mussten durch Corona starke Einbussen hinnehmen. Insgesamt fielen die Gesamtimporte um 11,0% auf 184.2 Mrd. Euro und sanken wie die Exporte erstmals seit 2009. Die Gesamtimportquote erreichte damit 48,6% des BIP und somit den niedrigsten Wert seit 2016. Der Anteil des Handels mit Dienstleistungen am gesamten Außenhandel betrug im Durchschnitt (2006 - 2020) 28,2% (Exporte) bzw. 23,8% (Importe), wobei der Anteil bis vor Corona eine steigende Tendenz aufgewiesen hat. Im Jahr 2019 betrug diese Kennzahl noch 31% bzw. 28,5% und war somit ein Rekordjahr für Dienstleistungen. 2020 sank die Quote auf 29,0% (Exporte) und 26,0% (Importe). Im längerfristigen Trend konnte sich die Aussenhandelsbilanz (Güter und Dienstleistungen) insbesondere auch durch den Abbau der Defizite im Güterhandel verbessern. Deutschland bleibt sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen der wichtigste Handelspartner.

3.1.1 Warenhandel

2020

Der Warenhandel ist im Jahr 2020 massiv eingebrochen. In den Monaten März bis Mai fielen die Rückgänge besonders kräftig aus. Diese trugen massgeblich zur insgesamt negativen Entwicklung im Jahr 2020 bei, auch wenn sich der Aussenhandel zu Jahresende wieder leicht erholte.

Tabelle 1 illustriert Österreichs Warenhandel im Jahr 2020 mit den jeweiligen Veränderungen zum Vorjahr:

Importe	Importe 2020 (in Mrd. Euro)	Vergleich 2019	Anteil an Importen	Exporte	Exporte 2020 (in Mrd. Euro)	Vergleich 2019	Anteil an Importen
Insgesamt	144.4	-8,5%	100%	Insgesamt	142.57	-7,1%	100%
Deutschland	55.51	-8,5%	35,0%	Deutschland	43.43	-3,6%	30,5%
China	10.15	+3,2%	7,0%	USA	9.30	-9,2%	6,5%
Italien	9.12	-12,0%	6,3%	Italien	8.82	-9,2%	6,2%
Schweiz	7.62	+25,5%	5,3%	Schweiz	7.48	+3,0%	5,2%

Tabelle 1: Aussenhandel Österreich 2020

Das weiterhin bedeutendste österreichische Exportgut stellten Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge dar, die im Wert von etwa 54.4 Mrd. Euro ausgeführt wurden und damit 38,1% des gesamten Exports ausmachten. Auf Rang zwei befanden sich verarbeitete Waren mit einem Warenwert von 28.7 Mrd. Euro und einem Anteil von 20,1%, gefolgt von chemischen Erzeugnissen im Wert von 22.2 Mrd. Euro und 15,6% Exportanteil. Bei den Importgütern standen Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge mit etwa 50.4 Mrd. Euro Importwert und einem Importanteil von 34,9% auf dem ersten Rang. Rang zwei belegten auch hier die bearbeiteten Waren mit 22.9 Mrd. Euro und einem Anteil von 15,9% und auf Platz drei als wichtigstes Importgut befanden sich sonstige Fertigwaren mit 21.8 Mrd. Euro und 15,1% Anteil.

Vorschau 2021

Nach einem düsteren Jahr für Österreichs Aussenwirtschaft, konnten Export-, sowie Importeure 2021 wieder aufatmen. Insgesamt wurden bis Ende des 3. Quartals 2021 Waren im Wert von 129,8 Mrd. Euro importiert (+22,5% zu 2020) und ebenso Waren in Höhe von 121,8 Mrd. Euro exportiert (+16,3%). Durch diese erhöhte Dynamik im Aussenhandel, fiel auch die Handelsbilanz mit -8 Mrd. Euro deutlich schlechter aus als Ende des 3. Quartals 2020 (-1.2 Mrd. Euro). Die markantesten Zuwächse gab es in den Monaten April (Einfuhr: +50,4%, Ausfuhr: +40,5%), Mai (Einfuhr: +37,0%, Ausfuhr: 34,2%) und Juni (Einfuhr: 35,2%, Ausfuhr: 21,2%).

In den ersten 3. Quartalen 2021 gab es auch bei allen zehn wichtigsten Importpartnern Zuwächse. Die höchsten absoluten Importzuwächse konnte Deutschland verbuchen (+17,0%), gefolgt von China (+28,2%), Italien (+26,0) und der Schweiz (27,3%). Bei den Exporten konnten ebenso die zehn wichtigsten Partner Österreichs Zuwächse verbuchen, ausgenommen Frankreich (-2,2%). Die höchsten absoluten Exportzuwächse gab es bei Deutschland (+16,4%), Italien (+27,1%), die Vereinigten Staaten (+18,3%) und der Schweiz (+6,5%).

3.1.2 Handel mit Dienstleistungen

Österreich hat 2020 gemäss der OeNB 56.8 Mrd. Euro an Dienstleistungen exportiert, was einem Minus von 16,9% im Vergleich zu 2019 entspricht. Ähnlich verhielt es sich mit den Dienstleistungsimporten die mit einem Minus von 17,1% auf 48,9 Mrd. Euro fielen. Kumuliert ergab das einen Bilanzüberschuss von 7.9 Mrd. Euro für das Jahr 2020 (2019: 9.3 Mrd. Euro). Dieser Überschuss im Verhältnis zum BIP lag 2020 bei 2,1%. Mit 72,5% war die EU (EU-27) der wichtigste Abnehmer von österreichischen Dienstleistungsexporten. Der wichtigste Partner war hier Deutschland mit einem Exportanteil von 39,8%. Der Rückgang der Exporte in die EU-27 betrug 16,0% (2019: +6,5%). Bei den Importen lag die EU-27 mit einem Anteil von 74,3% ebenfalls an der Spitze (Anteil Deutschland: 29,6%). Die Importe aus der EU-27 sanken um 17,0% (2019: +9,0%).

3.2 Bilateral Handel Schweiz - Österreich

Der bilaterale Handel hat sich gut behauptet. Nachdem es zum Abbruch der Verhandlungen beim institutionellen Rahmenabkommen und zur Nicht-Aktualisierung der MRA zwischen der Schweiz und der EU gekommen ist, können Schwierigkeiten im bilateralen Verkehr nicht ausgeschlossen werden.

3.2.1 Bilateraler Warenhandel

2020

Die Corona-Krise konnte dem bilateralen Warenhandel zwischen der Schweiz und Österreich nichts anhaben. Nicht nur die Ausfuhren, sondern auch ganz besonders die Einfuhren konnten im Jahr 2020 kräftig zulegen. Aus österreichischer Perspektive verzeichnete Österreich gemäss Statistik Austria einen Zuwachs von Ausfuhren von 3,0%. Damit erreichten österreichische Exporte einen Warenwert von 7.48 Mrd. Euro im Jahr 2020, was einen Anteil an den Gesamtexporten von 5,3% ausmacht. Damit rangiert die Schweiz hinter Deutschland, den USA und Italien an vierter Stelle als wichtigster Abnehmer österreichischer Waren. Wichtigste Exportgüter Österreichs im bilateralen Handel mit der Schweiz waren und sind weiterhin Chemikalien, Rohstoffe für die Pharmaindustrie sowie Maschinen, Anlagen, Fahrzeuge, Metalle, Holz- und Papierwaren sowie Möbel.

Bei den Einfuhren nach Österreich liegt die Schweiz (gemäss AT-Angaben) nach Deutschland, China, und Italien, wie auch bei den Exporten an vierter Stelle. Das Handelsvolumen betrug 2020 7.61 Mrd. Euro, was einem Plus von 25,5% zum Vorjahr entspricht. Damit erreichte der bilaterale Warenaustausch 5,3% der österreichischen Gesamtimporte. Die wesentlichen Importwaren aus der Schweiz sind pharmazeutische Rohstoffe, Gold, Maschinen und Anlagen, Arzneien und Uhren. Für das kräftige Plus verantwortlich waren hauptsächlich die Goldeinfuhren, die die staatliche Münzprägstätte Österreichs von der Schweiz bezogen, da nicht nur der Preis von Gold stieg, sondern auch die Einfuhrmenge.

Aus schweizerischer Perspektive sieht die Entwicklung des Warenhandels 2020 wie folgt aus: Die österreichischen Exporte in die Schweiz fielen um 0,4% aufgrund 8.42 Mrd. CHF. Die wichtigsten Produkte nach Schweizer Statistik waren Produkte der Chemisch-pharmazeutischen Industrie (38,3%) sowie Maschinen, Apparate und Elektronik (14,9%), Metalle (11,2%) und Land-, forstwirtschaftliche Produkte und Fischerei (9,3%).

Die Schweizer Exporte nach Österreich beliefen sich auf 7.7 Mrd. CHF und stiegen somit um 21%. Die wichtigsten Produkte waren – gemäss Schweizer Statistik – Produkte der chemisch-pharmazeutischen Industrie (42,7%) gefolgt von Edelmetallen, Edel- und Schmuckteile (19,8%), Maschinen Apparate, Elektronik (11,1%) und Metalle (8,8%).

2021

Gemäss den Daten der Statistik Austria betrug der Warenwert der importierten Güter aus der Schweiz im Zeitraum Januar bis September 2021 7.26 Mrd. Euro: Dies ergibt eine Steigerung zu der Vergleichsperiode im Vorjahr von 27,3%. Bei den Warenexporten in die Schweiz ergibt sich ein Gesamtvolumen in Höhe von 6.06 Mrd. Euro, dies entspricht einem Plus zu der Vergleichsperiode im Vorjahr von 6,5%.

Gemäss Schweizer Statistik (EZV), standen in der Zeit von Januar bis September 2021 6.85 Mrd. CHF Schweizer Importe (+7,3%) rund 6.99 Mrd. CHF Exporte nach Österreich (+ 20,3%) gegenüber. Mit am stärksten stiegen im Export nach Österreich Maschinen und Transport Equipment (+39,4%). Importseitig konnte die Kategorie der verarbeiteten Waren das grösste absolute Plus (+ 18,6%) für sich verzeichnen.

3.2.2 Bilateraler Dienstleistungshandel

Wie in den vergangenen vier Jahren stellte die Schweiz – gemäss Statistik der österreichischen Nationalbank – auch 2020 den wichtigsten Absatzmarkt für österreichische Dienstleistungen ausserhalb der EU dar, bzw. das zweitwichtigste Land in absoluten Zahlen nach Deutschland. Mit Ausfuhren von 4.6 Mrd. Euro (2019: 5.2 Mrd. Euro) und Einfuhren von 2.1 Mrd. Euro (2019: 2.3 Mrd. Euro) wurde ein Rückgang in beide Richtungen verzeichnet.

Den grössten Teil der österreichischen Dienstleistungsexporte in die Schweiz stellen unternehmensnahe Dienstleistungen mit 24%, wie z.B. F&E, Rechts- und Wirtschaftsdienste oder Werbung und

Marktforschung, dar. Der Reiseverkehr (Geschäfts-, und Urlaubsreisen), der die wichtigste Dienstleistungsexportbranche ausmacht, betrug vor der Corona-Krise 2019 noch über ein Viertel (27,5% aller Dienstleistungsexporte). Diese Branche musste Corona-bedingt Einbussen hinnehmen und machte im Jahr 2020 21,2% aller Dienstleistungsexporte mit der Schweiz aus.

Bei den Dienstleistungsimporten aus der Schweiz war 2019 die wichtigste Branche die der sonstigen unternehmensbezogenen Dienstleistungen mit einem Anteil von 27,3% und an zweiter Stelle die Transportbranche mit 20,2%. Auch im Jahr 2020 waren die sonstigen unternehmensbezogenen Dienstleistungen mit einem Anteil von 27,8% die wichtigste Branche gefolgt von den Transporten, die einen Rückgang erlitten und mit 18,5% wieder an zweiter Stelle landeten.

Im 1. Halbjahr 2021 wurde ein leichter Rückgang bei den Dienstleistungsexporten verzeichnet (-7,8%); bei den Dienstleistungsimporten hingegen gab es einen Zuwachs von 12,2%.

4. Direktinvestitionen

4.1 Generelle Entwicklung und Perspektiven

Konnten im Jahr 2019 noch aktiv und passivseitig Zuflüsse der Direktinvestitionen verzeichnet werden, so sanken diese im Jahr 2020. Betrug die Erhöhung des Bestandes der aktiven Direktinvestitionen im Jahr 2019 über 12 Mrd. Euro, so desinvestierten österreichische Unternehmen im Jahr 2020 über 19 Mrd. Euro. Ein ähnliches Bild ist auch bei den passiven Direktinvestitionen zu erkennen, da es 2019 noch eine Erhöhung der Bestände um über 11 Mrd. Euro gab und im Jahr 2020 fielen die Bestände der passiven Direktinvestitionen um fast 9 Mrd. Euro.

Gemäss Daten der OeNB setzten sich 2020 über die Hälfte der passiven Investitionen aus Geldern aus der EU zusammen. Spitzenreiter ist dabei Deutschland (49 Mrd. Euro), gefolgt von Russland (21.4 Mrd. Euro), der Schweiz (12.6 Mrd. Euro) und den USA (11.6 Mrd. Euro). Bei den aktiven Direktinvestitionen ist die EU mit fast zwei Dritteln des Volumens das beliebteste Land für Investitionen von österreichischen Unternehmen. Auch hier führt Deutschland die Liste mit weitem Vorsprung an (36.3 Mrd. Euro). An zweiter Stelle befinden sich die Niederlande (17.3 Mrd. Euro), gefolgt von Tschechien (13 Mrd. Euro) und den USA (11.3 Mrd. Euro). Die Schweiz befindet sich knapp hinter den USA auf dem 5. Platz mit 10.4 Mrd. Euro.

Laut Statistik Austria standen Ende 2019 (neuere Zahlen nicht verfügbar) 11'700 Firmen in Österreich unter Kontrolle ausländischer Konzerne. Diese haben 650'000 Menschen beschäftigt. 39,4% aller auslandskontrollierten Unternehmen in Österreich hatten 2019 ihren Mutterkonzern in Deutschland, gefolgt von der Schweiz (11,3%) und Italien (5,6%). Ende 2019 waren in Schweizer Betrieben in Österreich knapp 65'000 Arbeitnehmer beschäftigt. Bei österreichischen Direktinvestitionen in der Schweiz fanden Ende 2019 (letzter verfügbarer Echtwert der Statistik Austria) knapp 16'400 Personen eine Beschäftigung.

4.2 Bilaterale Investitionsbestände und -flüsse

Die österreichischen Direktinvestitionen in der Schweiz haben in den letzten 20 Jahren sukzessive zugenommen. Auch Corona konnte diesen Trend nicht zum Abbruch bringen. Betragen die aktiven Direktinvestitionen Österreichs 2020 betragen die Investitionsbestände 10.43 Mrd. Euro (+19,4% zu 2019) was 5,4% aller aktiven Direktinvestitionen ausmacht. Auch der Transaktionsfluss konnte 2020 auf 956 Mio. Euro ansteigen.

Im Gegenzug hierzu hat Corona dem Aufwärtstrend der Schweizer Investitionen in Österreich, sprich den passiven Direktinvestitionen ein Ende bereitet. Dennoch gehört die Schweiz zu den bedeutendsten Investoren in Österreich (Rang 3). Der Bestand passiver Direktinvestitionen ging auf 12.63 Mrd. Euro zurück (7,7% aller passiven Direktinvestitionen). Den Transaktionsfluss betreffend sank der Wert auf -661 Mio. Euro 2020.

5. Handels-, Standort- und Tourismusförderung, Landeswerbung

5.1 Aussenwirtschaftsförderung

Österreich ist für die Schweiz ein wichtiger „naher Markt“, der in der Aussenhandelsstatistik der Schweiz unter den ersten zehn Exportmärkten rangiert. Obwohl Corona die Wirtschaft in Österreich schrumpfen liess, war besonders der Sommer 2021 geprägt von einem starken Wirtschaftswachstum. Aus Schweizer Sicht spricht für Österreich als Exportmarkt, dass KMUs, gerade wenn sie am Beginn ihrer Exportaktivitäten stehen, hier in einen geographisch und kulturell gut zugänglichen Markt exportieren können. Sprachliche Hindernisse sind kein Thema. Damit bietet Österreich zumindest für Deutschschweizer KMUs einen geeigneten Einstieg in den europäischen Binnenmarkt. Österreich kann als Exportland punkten mit unzähligen Fördermöglichkeiten, wenn man ein Unternehmen gründet. Hierzu gibt es von der Österreichischen Wirtschaftskammer eine eigene Applikation, die je nach Branche und Interesse alle verfügbaren Förderungen in Österreich anzeigt: <https://www.wko.at/service/foerderungen.html> .

Die Beratung von schweizerischen und liechtensteinischen Unternehmen, die ihre Produkte und Leistungen nach Österreich exportieren wollen, erfolgt durch den Swiss Business Hub Austria (SBHA) als Teil der Schweizerischen Botschaft in Wien und unter der fachlichen Leitung von Switzerland Global Enterprise (S-GE). Darüber hinaus unterstützt der Swiss Business Hub Austria österreichische Unternehmen, die sich in der Schweiz ansiedeln wollen. Der Swiss Business Hub verzeichnet im Laufe des Jahres 2020 eine Verschiebung der Beratungsanfragen durch Schweizer Unternehmen. Es wurden zum Beispiel vermehrt Abklärungs-, und Informationsgespräche über die aktuelle Corona-Situation im Land geführt. Im Zuge der Pandemie gingen die Firmenanfragen zu einer Gründung in Österreich im Jahr 2020 zurück. Seit Frühlingsbeginn 2021 ist wieder ein vermehrtes Interesse am österreichischen Markt bemerkbar, was sich in konkreten Firmenanfragen niederschlägt. Besonders aus der Lebensmittelbranche gab es 2021 viele Anfragen, was unter anderem daran liegen kann, dass der Lebensmittelhandel durch Corona noch dazugewinnen konnte und Konsumenten vermehrt hochwertige Produkte nachfragen.

5.2 Potenziale für Österreich in der Schweiz

5.2.1 Tourismus & Freizeitwirtschaft, Ausbildung, andere Gebiete

Die Corona-bedingten Betriebsschliessungen, Lockdowns und internationale Reisebeschränkungen machten der ansonsten so starken Tourismusbranche in Österreich einen Strich durch die Rechnung. Nachdem im Vorjahr Höchstwerte bei den Nächtigungen zu verbuchen waren (knapp 153 Mio. Nächtigungen) fiel dieser Wert auf knapp 98 Mio. (-35,9%) zurück und erreichte somit einen Wert, der zuletzt in den 1970er-Jahren erzielt wurde. Die Schweiz blieb jedoch dritt wichtigstes Herkunftsland bezüglich Nächtigungen mit 3,14 Mio. im Jahr 2020.

Die Zahl der gesamten Ankünfte ging im selben Zeitraum um 21 Mio. bzw. 45,8% auf 25 Mio. zurück. Dabei belegt die Schweiz mit 3,2% der Ankünfte (-44,5% zu 2019) den dritten Platz

Die Daten zur Wintersaison 2020/21 zeichnen ein verheerendes Bild vom österreichischen Wintertourismus. Die Zahlen der Statistik Austria zeigen für die sechs Monate des Winters 2020/21 (November 2020 bis April 2021) fast einen Totalausfall: Ankünfte -92,7%, Nächtigungen -90,7%. Nimmt man die Zahl der Ankünfte genauer unter die Lupe, so stellt sich heraus, dass vor allem die ausländischen Gäste in der Wintersaison gefehlt haben (-97,1%); bei den inländischen Touristen fiel das Minus etwas moderater aus (-81,4%). Im Winter 2020/2021 wurden insgesamt 136'000 Ankünfte aus der Schweiz und Liechtenstein registriert (-97,1%).

Der Sommertourismus 2021 bilanziert gegenüber 2020 positiv, bleibt jedoch noch unter dem Vorkrisenniveau von 2019. Gemäss den vorläufigen Daten zur Sommersaison 2021 (Mai bis Oktober) wurden 66,37 Mio. Nächtigungen registriert (+23,3% zu 2020). Verantwortlich für dieses Plus sind vor allem die deutschen Gäste, die alleine fast 43% aller Übernachtungen im Sommer 2021 ausmachten. Auf Platz zwei befinden sich die Niederlande (3,59 Mio. Nächtigungen), die Schweiz und Liechtenstein (1,76 Mio.) und die Tschechische Republik (1,18 Mio.).

Wie auf Abbildung 1 erkennbar, konnte insbesondere der Städtetourismus, der 2020 fast komplett zum Erliegen gekommen ist, im Sommer 2021 kräftig aufholen.

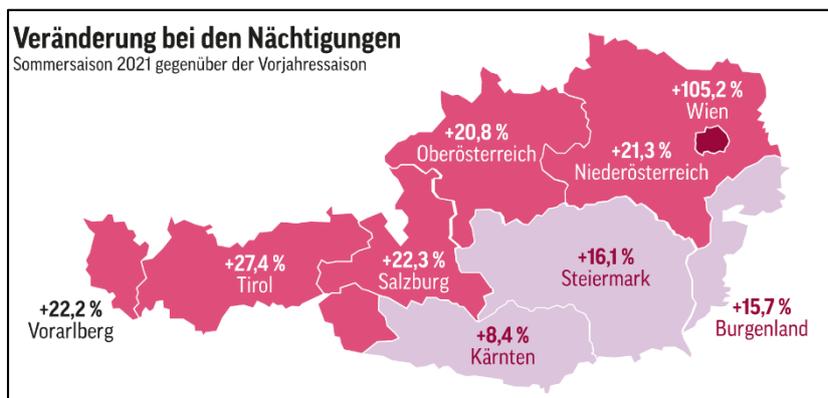


Abbildung 1: Quelle Wiener Zeitung

Corona hat im österreichischen Tourismus Schwächen offenbart, die der Branche in den letzten beiden Corona-Jahren zum Verhängnis wurden. Die Eigenkapitalquote der Hotels wäre hierbei zu nennen – in Österreich beträgt diese im Durchschnitt ca. 15% und wird durch neuerliche Beschränkungen in der Wintersaison 2021/22 weiter fallen. Teures Wettrüsten war in den vergangenen Jahren bei österreichischen Hotels die Devise, wodurch die Kapitalreserven von Unternehmen verwendet wurden. Ein wahrscheinlich noch drängenderes Problem sind die ausländischen Mitarbeiter, die zu Pandemiezeiten den österreichischen Betrieben fehlen. Oftmals konnten Mitarbeiter wegen Einreiseverordnungen nicht nach Österreich, oder haben sich aufgrund der Unsicherheit in diesem Gewerbe neu orientiert. Ein weiteres Problem, mit dem nicht nur die Tourismusbranche zu kämpfen hat, sind die sehr hohen Lohnnebenkosten von Mitarbeitern.

Branchenvertreter gehen davon aus, dass Österreichs Wintersaison 2021/22 auch dieses Mal nicht das Vorkrisenniveau erreichen kann. Zu gross sind die Unsicherheiten bezüglich der neuen Virusvariante und den damit verbundenen Einreiseänderungen.

5.2.2 Verkehr & Verbindungen

Der Bau des Brennerbasistunnels hat im März 2015 begonnen. Dieser Tunnel wird mit seinen 64 Kilometern die längste unterirdische Eisenbahnverbindung der Welt sein. Bis 2032 soll das inzwischen 9.3 - 9.8 Mrd. Euro teure geschätzte Projekt in Betrieb genommen werden. Damit gibt es eine Verzögerung von vier Jahren im Vergleich zu den anfänglichen Plänen. Die Kosten werden zu 40% von der EU getragen, den Rest teilen sich Österreich und Italien (je 30%).

Der Semmeringbasistunnel ist eines der wichtigsten Projekte der neuen Südstrecke und erfüllt als Teil des Baltisch-Adriatischen Korridors von Danzig bis Ravenna eine Schlüsselfunktion. Der Korridor verbindet fünf Staaten und 14 Regionen zwischen der Ostsee und der Adria. Der Tunnel wird voraussichtlich mit einer Verzögerung von einem Jahr 2028 in Betrieb genommen werden können. Die derzeit geplanten Kosten sind mit 3.5 Mrd. Euro veranschlagt.

5.2.3 Die Schweiz als Investitionsziel, Potenzial

In den letzten 9 Jahren (2012 bis 2020) haben sich mindestens 32 österreichische Firmen in der Schweiz angesiedelt. Diese 32 Firmen wurden von den Kantonen gemeldet, was bedeutet, dass die kantonale Wirtschaftsförderung oder S-GE involviert waren. Es haben möglicherweise weitere Ansiedlungen stattgefunden, diese werden jedoch nicht von den Kantonen erhoben. Die Volatilität und die unterschiedlichen Methoden der schweizerischen und österreichischen Statistiken erschweren eine quantitative Analyse. Es ist aber festzuhalten, dass der Austausch zwischen den beiden Ländern gross ist und sehr viele Firmen in beiden Ländern präsent sind. Was das Interesse von österreichischen Firmen, sich in der Schweiz niederzulassen, betrifft, zeigt sich, dass viele österreichische KMUs neben den bekannten Standortvorteilen der Schweiz, wie hoher Innovationskraft, liberalem Wirtschaftssystem und hervorragender Infrastruktur vor allem dem Prinzip „Follow the customer“ folgen. Durch eine eigene

Repräsentanz in der Schweiz können die KMUs ihren Schweizer Kunden einen besseren Service bieten - was von Schweizer Seite, als nicht EU-Mitglied, wieder sehr geschätzt wird. Eine geplante Ansiedlung und Investition in der Schweiz kann der Swiss Business Hub Austria unterstützen

5.2.4 *Interesse für den Schweizer Finanzplatz*

Verschiedene Versicherungsunternehmen (Zürich, Helvetia) sind am österreichischen Markt aktiv. Im Bankensektor ziehen Grossbanken sich zurück; die ZKB bleibt. Die UBS zog sich 2021 in Österreich aus dem Private Banking Markt zurück. Das Wealth-Management-Geschäft mit rund vier Mrd. Euro an zu verwaltendem Vermögen wird von der LGT-Group (in liechtensteinischem Besitz) übernommen. Die UBS, die in Österreich sehr vermögende Kunden betreut, konzentriert sich in Österreich nur noch auf das Asset Management. Kurz danach entschied sich auch die Credit Suisse das Land zu verlassen. Sehr vermögende Kunden werden aus Luxemburg aus betreut. Die verbleibenden Kunden der Credit Suisse wurden an die Liechtensteinische Landesbank (Österreich) AG empfohlen, die sich dadurch einen Zufluss von bis zu einer Milliarde Euro an zu verwaltendem Vermögen erwartet. Die Entscheidungen der beiden Grossbanken unterstreichen den schweren Stand, den Schweizer Banken in Österreich haben. Auf rechtlicher Ebene wird der Marktzutritt der in Österreich tätigen schweizerischen Finanzunternehmen durch die Lizenzierungspflicht erschwert, der alle Finanzintermediäre aus Nicht-Mitgliedstaaten der EU oder des EWR unterstehen.